

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union**

– Drucksache 17/8682 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Verabredet ist, hierzu eine Stunde zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Bundesregierung dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ole Schröder das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere wirtschaftliche Stärke und damit der Wohlstand jedes Einzelnen von uns werden in Zukunft noch stärker von der Innovationskraft und dem Wissen der Menschen abhängen. Gerade aus diesem Grund stellt der Fachkräftemangel auch eine Gefahr für unseren Wohlstand dar.

Fachkräfte werden rar in Deutschland. Das liegt nicht zuletzt an der Entwicklung unserer Geburtenrate. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung ein Konzept zur Fachkräftesicherung vorgelegt, das im Wesentlichen drei Ansätze verfolgt:

(B) Zum Ersten ist es wichtig, dass wir die Menschen in Deutschland dabei unterstützen, ihr Potenzial noch besser zur Entfaltung zu bringen. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen zur aktiven Teilnahme am Erwerbsleben schaffen. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir die Anzahl der Schulabbrecher und derjenigen, die ihre Ausbildung abbrechen, reduzieren und natürlich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, und wir müssen dafür sorgen, dass gerade ältere Menschen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Zum Ersten ist es wichtig, dass wir die Menschen in Deutschland dabei unterstützen, ihr Potenzial noch besser zur Entfaltung zu bringen. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen zur aktiven Teilnahme am Erwerbsleben schaffen. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir die Anzahl der Schulabbrecher und derjenigen, die ihre Ausbildung abbrechen, reduzieren und natürlich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, und wir müssen dafür sorgen, dass gerade ältere Menschen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Dann fangen Sie mal an!)

Zweitens. Neben diesen heimischen Fachkräften sollten wir auch nicht vergessen, dass es innerhalb Europas, also innerhalb des Binnenmarktes, viele gut ausgebildete junge Menschen gibt, deren Potenzial wir hier in Deutschland ebenfalls nutzen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denken wir nur an die hohe Arbeitslosigkeit von jungen Menschen, auch Akademikern, in den südlichen Mitgliedstaaten! In Spanien beträgt die Jugendarbeitslosigkeit über 40 Prozent. Dort wird jetzt schon von einer verlorenen Generation gesprochen.

Wir können zum Gewinn aller dafür sorgen, dass diese Menschen hier in Deutschland eine Chance haben.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer sollten ihren Blick auch darauf richten, diesen jungen Europäern in Deutschland die Möglichkeit zu bieten, eine Ausbildung zu machen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aufgrund der kulturellen Nähe haben wir hier natürlich auch weniger Probleme im Bereich der Integration.

Als dritte Möglichkeit sollten wir schließlich auch auf das Potenzial der Menschen zurückgreifen, deren Wissen auf der ganzen Welt gefragt ist.

Wir wollen heute darüber sprechen, wie unser Land für die hochqualifizierten Arbeitskräfte aus Staaten außerhalb Europas attraktiver werden kann, die sich hier integrieren möchten und hier arbeiten wollen.

(Aydan Özoğuz [SPD]: Wir wollen ja auch, dass sie kommen!)

Dazu ist es notwendig, dass wir uns in diese Menschen hineinversetzen, die ihr Glück woanders suchen und bereit sind, in einem anderen Land zu arbeiten.

Welche Erwartungen hat ein Hochqualifizierter? Welche Erwartungen hätte jeder Einzelne von uns? Wir sind ja auch Hochqualifizierte, denke ich, wenn ich in die Runde blicke. Welche Erwartungen hätte jeder Einzelne von Ihnen an seinen künftigen Arbeitgeber und an die Lebensbedingungen vor Ort? Ginge es Ihnen um Gehalt, Vertragslaufzeiten, Aufstiegschancen und die Erlernbarkeit der Sprache oder vielleicht um das Klima? Vielleicht ginge es Ihnen auch nur um Freizeitmöglichkeiten, was ja auch wichtig ist. Sicherlich wäre es Ihnen wichtig, ob Ihre Familie mit nach Deutschland kommen kann, ob Ihr Ehepartner ebenfalls arbeiten darf oder ob Sie bereits Menschen im Zielland kennen. (D)

(Aydan Özoğuz [SPD]: Das sind ja jetzt keine neuen Erkenntnisse!)

Welche Unterstützung würden Sie sich wünschen, wenn Sie in ein anderes Land gehen? „Bin ich dort willkommen?“, würden Sie sich fragen.

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gute Frage! Wie antworten Sie? – Aydan Özoğuz [SPD]: Jetzt sollte auch eine Antwort kommen!)

Wir sprechen von einer Willkommenskultur, die für ein Land notwendig ist, um attraktiv zu sein. Kurzum: Wovon würden Sie Ihre Entscheidung abhängig machen?

Unter den von mir genannten Faktoren – sie waren ungeordnet – gibt es viele, die wir als Gesetzgeber berücksichtigen müssen, die wir aber nicht selbst beeinflussen können. Das gilt selbstverständlich für das Klima und die geografische Lage. Andere Faktoren wie das Gehalt oder die Arbeitsbedingungen bestimmen in erster Linie die Unternehmen zusammen mit den Gewerkschaften.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Kommen Sie mal zum Thema!)

Parl. Staatssekretär Dr. Ole Schröder

- (A) Wir können und müssen als Gesetzgeber aber regeln, unter welchen Voraussetzungen jemand kommen kann, und damit die Entscheidung eines Zuwanderers positiv oder negativ beeinflussen. Genau deshalb führen wir die sogenannte Bluecard EU, die Blaue Karte EU, ein. Sie richtet sich an Hochqualifizierte. Zuwanderung in die Sozialsysteme wollen wir damit ausschließen.

Wir verlangen ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Die Gehaltsuntergrenze von knapp 45 000 Euro macht es auch für hochqualifizierte Berufseinsteiger interessant. In sogenannten Mangelberufen, in denen wir besonders dringend Fachkräfte brauchen, zum Beispiel Ärzte oder Ingenieure, liegt die Gehaltsuntergrenze bei rund 35 000 Euro.

Zu den entscheidenden Bedingungen gehören aber auch die Perspektiven für Ehepartner und Familie. Ehegatten von Inhabern der Blauen Karte dürfen ebenfalls von Anfang an arbeiten. Auf den Nachweis von Sprachkenntnissen verzichten wir. Denn wir gehen davon aus, dass diese Hochqualifizierten das selbst in die Hand nehmen werden, weil sie hier von Anfang an aktiv am Arbeitsleben teilnehmen.

Die Blaue Karte EU rundet damit unser Gesamtkonzept der Arbeitsmigration ab. Sie bettet sich ein zwischen dem Aufenthaltstitel für geringer Qualifizierte, denen wir nur einen befristeten Aufenthaltstitel gewähren, und dem für Höchstqualifizierte, die ab dem ersten Tag, an dem sie bei uns sind, einen dauerhaften Aufenthaltstitel, also eine Niederlassungserlaubnis, erhalten.

- (B) Außerhalb der Blauen Karte schaffen wir weitere Voraussetzungen, um Migranten, die bei uns ausgebildet wurden, auch hier zu halten.

(Daniela Kolbe [Leipzig] [SPD]: Das hat die SPD beschlossen!)

Denn es macht keinen Sinn, in die Ausbildung dieser Menschen zu investieren, um sie danach gleich wieder nach Hause zu schicken. So haben Absolventen deutscher Hochschulen ein Jahr lang Zeit für die Arbeitsplatzsuche. Sie dürfen während dieser Zeit zum Beispiel durch Aushilfsjobs ihren Lebensunterhalt verdienen. Ich denke dabei beispielsweise an einen Biologen, der sein Diplomstudium abgeschlossen hat und für den Zeitraum der Arbeitsplatzsuche, nämlich ein Jahr lang, weiter in dem Job bleiben darf, in dem er als Student gearbeitet hat, bis er eine adäquate Beschäftigung gefunden hat.

Ein Daueraufenthaltsrecht gibt es bereits nach zwei Jahren, wenn sie sich in ihrem erlernten Beruf etabliert haben.

In Deutschland spielt das duale Ausbildungssystem eine besondere Rolle für unsere Wirtschaft. Wir wissen: Ein in Deutschland ausgebildeter Geselle kann häufig mehr als viele Absolventen von Hochschulen im Ausland. Daher ist es folgerichtig, dass wir dafür sorgen, dass auch Ausländer, die hier bei uns eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, bleiben dürfen, um in ihrem erlernten Beruf zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C) Damit werden gerade die Branchen und Regionen gestärkt, die schon jetzt Probleme haben, Ausbildungsplätze zu besetzen. Wir senden damit klare Signale an ambitionierte internationale Fachkräfte außerhalb Europas. Die Botschaft lautet: Ihr werdet gebraucht, ihr seid mit euren Angehörigen willkommen, und ihr habt eine Zukunft in Deutschland! Wir wollen weltoffen und attraktiv für die klügsten Köpfe auf der Welt sein.

Ich möchte mit einem Zitat der Bundeskanzlerin schließen, die anlässlich der Gedenkveranstaltung am 23. Februar 2012 Folgendes zur Geschichte unseres Landes sagte – ich zitiere –:

Denn es ist auch eine Geschichte der Auswanderung und der Zuwanderung. So wurden Brücken in alle Welt geschlagen. Seinen Wohlstand verdankt Deutschland zu einem guten Teil seiner Weltoffenheit und seiner Neugier auf andere.

Ich finde, das fasst gut zusammen, was wir vorhaben.

Ich bin dankbar für die zahlreichen konstruktiven Anregungen vieler Beteiligter, insbesondere der Länder. Ich bin davon überzeugt, dass hiervon im parlamentarischen Verfahren noch einiges bedacht und aufgenommen werden wird und dass wir am Ende zu einem hervorragenden Ergebnis kommen werden, das unser Land für Menschen, die bei uns arbeiten wollen, zwar sicherlich nicht attraktiver machen kann, mit dem aber bürokratische Hürden, die es bisher gab, abgebaut werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Daniela Kolbe hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Von der Bundesregierung liegt heute ein Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Bluecard-Richtlinie vor. Das ist zunächst einmal sehr begrüßenswert; immerhin sind wir mit der Umsetzung schon ein wenig in Verzug.

Es ist natürlich sinnvoll, den Zuzug von Hochqualifizierten aus Drittstaaten in Europa einheitlich zu gestalten. Unabhängig von dieser Debatte wäre es sinnvoll und, ich denke, auch notwendig, in diesem Hohen Hause noch viel mehr darüber zu sprechen, wie qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland zuwandern können und an welchen der verschiedenen Stellschrauben wir diesbezüglich drehen wollen.

Bei prinzipieller Übereinstimmung, dass das Ziel richtig und wichtig ist, bleiben wir bei einer ganz deutlichen Kritik an Ihrer Umsetzung. Denn Ihr Gesetzentwurf beinhaltet nur ein einziges Rezept. Es besteht, kurz zusammengefasst, darin, die Mindestverdiensthöhen für qualifizierte Zuwanderer abzusenken.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Finden Sie das schlecht, Frau Kolbe? Das wundert

Daniela Kolbe (Leipzig)

- (A) mich, Frau Kollegin! – Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Lesen Sie noch mal nach, Frau Kolbe! Da steht noch ein bisschen mehr drin!

Die erforderliche Höhe des Jahresgehaltes bei einem Arbeitsplatz, den ein Zuwanderer in Deutschland antreten möchte, soll gering sein – darüber werden wir uns noch streiten können –; das ist auch das Mantra der Arbeitgeber. An manchen Stellen finden wir das durchaus richtig. Bei Ihrem Gesetzentwurf haben wir aber an einer Stelle politisch größte Bedenken.

Ich habe den Gesetzentwurf gelesen. Die Mindestverdiensthöhe scheint die einzige Schraube zu sein, an der Sie drehen wollen; Sie wollen sie absenken. Das geht uns auf der einen Seite zu weit, und zwar aus formalen Gründen, weil Sie aus unserer Sicht das durch die Richtlinie erlaubte Maß unterschreiten – darauf komme ich gleich noch zurück – und weil Sie die Grenze bei den Mangelberufen so weit absenken, dass wir es für politisch äußerst bedenklich halten. Auf der anderen Seite geht es uns nicht weit genug, weil Sie verschiedene andere Stellschrauben bei der Zuwanderung außer Acht lassen und nicht nutzen.

Was meine ich, wenn ich sage, dass Sie über das erlaubte Maß hinausgehen? Was steht in der Richtlinie, die Sie hier umsetzen? Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie fordert ein Mindestgehalt von mindestens dem Anderthalbfachen des durchschnittlichen Bruttojahresgehalts in dem betreffenden Mitgliedstaat. Das durchschnittliche Jahresgehalt in Deutschland beträgt offiziell 31 144 Euro. Das Anderthalbfache hiervon sind 46 716 Euro. In Ihrem Gesetzentwurf wird das Mindestgehalt anders festgesetzt. Das ist legitim; das kann jede Regierung machen, wie sie möchte. Sie setzen zwei Drittel der Beitragsbemessungsgrenze an und kommen auf 44 800 Euro. Dieser Betrag liegt um fast 2 000 Euro unter der Grenze, die von Europa als Minimum angegeben worden ist.

Noch gravierender ist diese Unterschreitung, wenn wir uns den Bereich anschauen, der in Art. 5 Abs. 5 der Richtlinie behandelt wird. Dort geht es um Mangelberufe. Die Richtlinie besagt, dass man die Verdienstgrenze bei Mangelberufen noch weiter senken kann, jedoch maximal bis auf das 1,2-Fache des durchschnittlichen Jahresbruttogehalts. Für Deutschland sind das etwa 37 400 Euro. In Ihrem Gesetzentwurf legen Sie als Grenze die Hälfte der Beitragsbemessungsgrenze fest. Das sind 33 600 Euro. Das liegt um fast 4 000 Euro unter der von Europa festgelegten Untergrenze. Wenn man sich die Verdienstzahlen, die für 2012 vorab berechnet worden sind – darin sind die Lohnsteigerungen eingearbeitet –, anschaut, dann stellt man fest, dass Ihr Wert sogar fast 5 000 Euro unter dem Schwellenwert liegt, den die EU vorgibt. Ich persönlich halte das, was Sie uns hier vorlegen, für europarechtswidrig. Ich denke, dass wir darüber im Ausschuss noch einmal sprechen sollten. Sie wollen sicher nicht, dass wir Gesetzentwürfe verabschieden, die europarechtswidrig sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten die Gehaltsgrenze für Mangelberufe im Übrigen auch politisch für äußerst kritikwürdig. Die Richtlinie erlaubt die Absenkung bis auf das 1,2-Fache; sie verpflichtet aber nicht dazu. Sie schöpfen mit der Absenkung das Maximum aus; Sie unterschreiten das Zulässige sogar deutlich, wie ich eben ausgeführt habe. Aus unserer Sicht birgt das die Gefahr des Lohndumpings in hochqualifizierten Berufen. Wir reden hier über Ingenieure, Mathematiker und Naturwissenschaftler. Schauen Sie sich einmal an, wie hoch das Einstiegsgehalt eines Akademikers ist. Nach Entgeltgruppe 13 Stufe 1 TVöD liegt das Gehalt eines Berufseinsteigers bei 39 200 Euro. Aus unserer Sicht besteht kein Bedarf, bei Mangelberufen die Gehaltsschraube derart nach unten zu drehen.

Im Übrigen – das ist ein weiterer Punkt – bietet das Aufenthaltsgesetz noch ganz andere Möglichkeiten, etwa bei der Vorrangprüfung. Die Vorrangprüfung ist für viele Unternehmen, die qualifizierte Zuwanderer nach Deutschland holen wollen – das ist schon jetzt möglich, ohne die Gehaltsschwellen, von denen hier die Rede ist –, genau das Problem. Sie ist für viele Unternehmen unkalulierbar und stellt ein großes Hindernis dar. Das wäre ein Punkt, über den politisch ins Gespräch zu kommen, ich mir wünschen würde. Dieses Hindernis müssen wir beseitigen.

(Beifall bei der SPD – Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Bundeskanzler Schröder verstärkte die Vorrangprüfung!)

Sie haben angesprochen, dass es Punkte gibt, die über die Umsetzung der Richtlinie hinausgehen. Dazu werden Kollegen von mir noch etwas ausführen. Mir ist aufgefallen, dass Sie an einer weiteren Stelle an der Gehaltsschraube drehen, und zwar im Bereich der besonders hoch Qualifizierten, die sofort eine Niederlassungserlaubnis bekommen. Die Gehaltsschwelle soll jetzt auf 48 000 Euro gesenkt werden. Das halten wir für politisch unproblematisch. Das kann man so machen. Allerdings ist das eigentlich eine Ausnahmeregelung für besonders hoch Qualifizierte gewesen. Ursprünglich waren 84 000 Euro die Gehaltsgrenze; jetzt sind wir bei 48 000 Euro. Die Frage ist, ob das der Hebel ist, den wir ansetzen sollten, da hier die Niederlassungserlaubnis sofort und ohne eine Vorrangprüfung erteilt wird.

Wir sehen ganz viele andere Stellschrauben, an denen man drehen könnte, sei es bei der Frage der Vorrangprüfung in § 18 des Aufenthaltsgesetzes oder sei es bei der Frage der Studierenden; auch da würden wir an anderen Stellschrauben drehen. Die Frage des Punktesystems halten wir für nicht ausdiskutiert. Das ist für uns eine durchaus überlegenswerte Idee.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Beim Punktesystem klatscht noch nicht einmal Ihre Fraktion! Da müssen Sie ja großen Rückhalt haben!)

Wir legen deshalb einen Antrag vor, um Ihnen zu zeigen, welche Stellschrauben es noch gibt. Ich hoffe, dass wir darüber gemeinsam im Ausschuss beraten können.

Daniela Kolbe (Leipzig)

- (A) In diesem Sinne: Diesen Gesetzentwurf, den Sie hier vorgelegt haben, halten wir für nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Hartfrid Wolff hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine effiziente und interessengeleitete Steuerung der Zuwanderung ist das Gebot der Stunde. Statt durch bürokratische Hemmnisse wollen wir die Zuwanderung sinnvoll und interessengeleitet steuern. Eine bessere Zuwanderungssteuerung ist nicht nur Bestandteil des Koalitionsvertrages; sie wird zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands von CDU/CSU und FDP Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt. Die EU-Richtlinie zur Hochqualifiziertenzuwanderung und zur Blauen Karte bietet jetzt einen neuen Anlass, den nächsten, weitergehenden Schritt zur Umsetzung dieses Konzepts der Koalition zu tun.

Die Einstellung von ausländischen Hochqualifizierten und Fachkräften sorgt für weitere Investitionen in Arbeitsplätze und ist für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wichtig. Deutschland braucht qualifizierte Fachkräfte, Forscher und Entwickler und auch Unternehmer aus dem Ausland.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Manuel Höferlin [FDP]: Darf man nicht vergessen! – Aydan Özoğuz [SPD]: Das ist mal die richtige Perspektive!)

Dabei stehen – auch das darf man nicht vergessen – die EU-Staaten in einem starken Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Diesen Wettbewerb nehmen wir mit einer verbesserten Zuwanderungssteuerung auch an. Deshalb müssen ergänzende Zuwanderungsregelungen in den Mitgliedstaaten geschaffen werden; sie dürfen nicht nur in Brüssel erarbeitet werden. Das gewährleisten die Richtlinie und auch die von uns vorgeschlagene Umsetzung. Die EU-Richtlinie betrifft viele Bereiche des Aufenthaltsrechts. Den darüber hinausgehenden Anpassungsbedarf wollen wir konstruktiv und auch progressiv nutzen.

(Aydan Özoğuz [SPD]: Das müssen Sie dem Herrn Schröder noch sagen!)

Wir wollen die Hochqualifiziertenzuwanderung entbürokratisieren, beschleunigen und auch vereinfachen. Wir wollen zugleich zusätzliche Integrationsanreize schaffen. Wir wollen über die eigentliche Richtlinienumsetzung hinaus auch das deutsche Zuwanderungsrecht modernisieren und den Bedürfnissen einer global vernetzten Gesellschaft besser anpassen.

(Aydan Özoğuz [SPD]: Davon haben wir eben nichts gehört!)

(C) Dabei werden wir darauf achten, dass die Öffnung für Hochqualifizierte nicht missbraucht wird oder die Tore zu einem ruinösen Niedriglohnwettbewerb öffnet.

Die Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie zielt auf einen gemeinsamen Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte auf EU-Ebene ab, der attraktiv ausgestaltet ist, um die Migration von Hochqualifizierten zu erleichtern und zu fördern. Zu diesem Zweck wird ein neuer Aufenthaltstitel „Blaue Karte EU“ für Ausländer mit akademischem oder diesem gleichwertigen Qualifikationsniveau und einem bestimmten Mindestgehalt in die Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes aufgenommen. Darüber hinaus sind Begleit- und Folgeregelungen, insbesondere in Bezug auf den Arbeitsmarktzugang, den Arbeitsplatzwechsel und den Familiennachzug, notwendig.

Meine Damen und Herren, unser Gesetzentwurf dient aber nicht nur der Umsetzung der Richtlinie. Zusätzlich zielt der Gesetzentwurf darauf ab, die Möglichkeiten zur Beschäftigungsaufnahme ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen nach dem Studienabschluss zu verbessern und den dauerhaften Zuzug von hochqualifizierten Fachkräften, für die auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein großer Bedarf besteht, zu erleichtern. Um den dauerhaften Zuzug von Hochqualifizierten nach Deutschland attraktiver zu gestalten, senken wir die Gehaltsschwelle, und zwar ziemlich deutlich. Wir haben in der Koalition noch weitere Vorschläge erarbeitet, die wir im Ausschuss in den vorliegenden Gesetzentwurf einfließen lassen werden.

(D) Anders als es manchmal in der Öffentlichkeit dargestellt wird, hat diese Koalition zu einem sehr konstruktiven und fortschrittlichen Verhandlungsprozess in der Zuwanderungspolitik gefunden.

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich anders in Erinnerung!)

Diese Koalition setzt verhältnismäßig leise und unaufgeregt einen Kurswechsel in der Zuwanderungspolitik um: Wir fördern *und* fordern, ohne ideologische Scheuklappen, integrations- und arbeitsmarktorientiert.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Migration und Integration stellen Deutschland vor neue Herausforderungen. Sie bieten aber auch neue Chancen. Die Koalition setzt Zug um Zug eine konsequente Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland und eine aktive Integrationspolitik um.

Wir wollen eine neue Kultur des Willkommens, die nicht falsche Versprechungen auf Kosten anderer Leute macht, sondern Chancen und Perspektiven eröffnet: für die, die eben nicht nur „territorial“ nach Deutschland kommen, sondern auch in unserem Land mit seiner Kultur sowie unserer Gesellschaft mit ihren Grundwerten ankommen wollen.

Wir halten es im Gegensatz zu den Grünen oder Linken nicht für unzumutbar, Deutsch zu lernen, sondern wollen Anreize dafür setzen. Wir wollen fördern und fordern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

- (A) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben doch die Deutschkurse eingeführt! – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Wer hat denn die Integrationskurse eingeführt?)

Darüber hinaus halten wir Zuwanderer nicht für bemitleidenswerte und unfähige Menschen, sondern für Leistungsträger, deren Anstrengungen für ein Miteinander auch honoriert werden.

Statt des Verzichts auf Integrationsanforderungen muss Deutschland in der Integrationspolitik endlich positiv denken. Unsere Gesellschaft, die ganze Nation wird durch Zuwanderung bereichert. Wissen ist längst international. Forschung und Entwicklung machen nicht vor Grenzen halt, und die deutsche Wirtschaft ist auf allen Märkten der Welt aktiv. Der Arbeitsmarkt für Fachkräfte ist schon längst international.

Zuwanderung von Hochqualifizierten schafft Arbeitsplätze und erweitert den gesellschaftlichen Horizont. Deutschland verändert sich. Wir gestalten mit der christlich-liberalen Bundesregierung diese Veränderungen – ohne ideologischen Ballast und vorurteilsfrei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat jetzt Ulla Jelpke für die Fraktion Die Linke.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie wir schon gehört haben, hat die Bundesregierung hier einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Bluecard-Richtlinie der Europäischen Union vorgelegt. Geregelt werden soll damit die Einwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften.

Diese Richtlinie ist im Übrigen seit zweieinhalb Jahren in Kraft und hätte seit Juni 2011 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Warum das so lange gedauert hat, ist uns völlig unklar.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Das erklären wir Ihnen!)

Denn nach der Gesetzesbegründung werden allenfalls 3 500 Menschen pro Jahr einen neuen Aufenthaltstitel durch diese Regelung erhalten. Darunter werden viele Menschen sein, die bereits nach den geltenden Regelungen für Hochqualifizierte einwandern konnten. Trotz dieser geringen Erwartungen an die Zahl der Einwanderungswilligen spricht der Gesetzentwurf von einem Fachkräftemangel in Deutschland.

Die Bundesregierung hat im vergangenen Bundeshaushalt die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 900 Millionen Euro und die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung um 800 Millionen Euro gekürzt.

- (C) (Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Die Arbeitslosigkeit ist aber auch deutlich gesunken, Frau Kollegin! – Gegenruf des Abg. Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Nur nicht bei den Linken!)

Die Kürzung bei den Arbeitsmarktinstrumenten beträgt rund 25 Prozent. Sie beklagen also einerseits Fachkräftemangel und streichen andererseits Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen. Das ist absolut absurd.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Uwe Schummer [CDU/CSU]: Jetzt kommt die Vermögensteuer! – Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Besuchen Sie mal die Unternehmen und nicht nur die Gewerkschaften!)

Meine Damen und Herren, seit Jahren wird von Unternehmen und Politikern der angeblich drohende Fachkräftemangel beklagt. Zugleich gibt Deutschland seit Jahren weniger Geld für Ausbildung aus als der Durchschnitt der anderen OECD-Länder. Das Ergebnis spiegelt sich in vergleichsweise geringen Absolventenzahlen wider: Nur ein Viertel eines Jahrgangs hat in den vergangenen Jahren einen Hochschulabschluss erworben. In den OECD-Staaten waren es fast 40 Prozent.

An dieser Stelle müsste die Regierung ansetzen. Das Bildungssystem in Deutschland muss für Menschen aus armen Familien durchlässiger werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

- (D) Statt früher Selektion in unterschiedliche Schultypen brauchen wir eine bedarfsorientierte Bildungsförderung. Doch stattdessen setzen Union und FDP in den Ländern auf den Erhalt von Hauptschulen und auf Studiengebühren an den Universitäten.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Bleiben Sie mal beim Thema!)

Sie selbst produzieren den Fachkräftemangel, den Sie vorgeblich bekämpfen wollen.

Meine Damen und Herren, die Diskussion um den Fachkräftemangel ist ein durchsichtiges Manöver.

(Uwe Schummer [CDU/CSU]: Quatsch!)

So wollen Unternehmen durch den Zugriff auf ein höheres Arbeitskräftepotenzial den Druck auf die inländischen Löhne und Gehälter verstärken. Offensichtlich sind die deutschen Unternehmer nicht gewillt, den hier ausgebildeten Fachkräften ausreichende Vergütungen und Arbeitsbedingungen zu bieten.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Wann haben Sie das letzte Mal mit einem Unternehmer gesprochen?)

Besonders absurd ist es,

(Zuruf von der FDP: Wo sind denn die Fachkräfte?)

wie Sie versuchen, Fachkräfte zu werben. Alle Fachleute sagen im Übrigen: Die Hochqualifizierten kommen nicht, weil sie sich in Deutschland nicht willkommen

Ulla Jelpke

- (A) fühlen. Das ist auch kein Wunder. Schließlich machen mordende Nazis auch im Ausland Schlagzeilen.

(Beifall bei der LINKEN – Uwe Schummer [CDU/CSU]: Wovon träumen Sie nachts?)

Es sind auch die komplizierten und restriktiven aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, die Ausländer von der Einwanderung nach Deutschland abhalten. Da setzt die Koalition mit diesem Gesetzentwurf sogar noch einen drauf. Selbst für gebildete Deutsche ist dieses aufenthaltsrechtliche Kauderwelsch nur schwer nachvollziehbar. Statt neuer Regelungen im Detail brauchen wir eine klare Verschlankeung des gesamten Aufenthaltsrechts.

Die Linke sagt: Wer Fachkräfte haben will, der muss sie ausbilden und sie gemäß ihrer Qualifikation bezahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn es wirklich einen Fachkräftemangel in Deutschland gibt, dann ist er hausgemacht. Was Sie mit der Fachkräftenwerbung machen, ist nichts anderes, als die Bildungs- und Ausbildungskosten auf andere Länder dieser Welt abzuwälzen. Das ist nichts anderes als neokoloniale Ausbeutung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

– Ja, so ist es.

- (B) (Hartfrid Wolff [Reims-Murr] [FDP]: Fidel Castro lässt grüßen! Mein Gott!)

Daran wird auch die Bestimmung nichts ändern, wonach das Arbeitsministerium durch Rechtsverordnung Berufe bestimmen kann – ich zitiere –

in denen für Angehörige bestimmter Staaten die Erteilung einer Blauen Karte EU zu versagen ist, weil im Herkunftsland ein Mangel an qualifizierten Arbeitnehmern in diesen Berufsgruppen besteht.

Das ist reine Augenwischerei. Denn Fakt ist: In der Realität werden sich interessierte Unternehmen ihre Beschäftigten dann eben auf anderer Rechtsgrundlage holen können.

Wer für die Menschen in der Bundesrepublik etwas tun will, muss endlich eine Ausbildungsplatzumlage und einen gesetzlichen Mindestlohn einführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das vorhandene Geld muss in Ausbildungs-, Bildungs- und Arbeitsmarktförderung fließen statt in milliarden-schwere Bankenrettungspakete. Wer etwas für die Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern tun will, muss in die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung dieser Länder investieren – und darf nicht noch die Leute, die dort qualifiziert wurden, abziehen – und nicht in Kriege und eine immer effektivere Abschottung Deutschlands.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Gisela Piltz [FDP]: Bei dieser Rede klatscht nicht einmal die Linke komplett! Ich verstehe sie auch!)

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Memet Kilic hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Memet Kilic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe geschätzte Frau Kollegin Jelpke, ich dachte eigentlich, dass Ihre Partei die Grenzen aufheben möchte. Ich stelle aber fest, dass Sie gegen die Einwanderung von Hochqualifizierten sind. Ich weiß nicht, ob Sie Deutschland unter eine Glocke stellen und luftdicht verschließen wollen. Das ist sicherlich nicht im Interesse der Migranten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit der Blauen Karte setzt die Bundesregierung nur halbherzig und sehr verspätet die Vorgaben der EU um. Die Frist für ihre Umsetzung war der 19. Juni letzten Jahres. Wer so lahm arbeitet wie die Bundesregierung,

(Hartfrid Wolff [Reims-Murr] [FDP]: Aber Qualität, Herr Kollege!)

der soll sich nicht wundern, wenn der Zug schon abgefahren ist. Laut dem aktuellen Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation fehlen Deutschland in Kürze Zehntausende Akademiker. Dabei haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, einst die Bildungsrepublik ausgerufen. Was ist davon übrig geblieben? Erfolge sind ausgeblieben; die Alarmglocken läuten. Wenn nicht radikal gegengesteuert wird,

(D)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir steuern doch gegen!)

gehen uns die Akademiker und Fachkräfte aus.

Die Bundesregierung scheut aber den notwendigen Systemwechsel. Sie hat Angst vor ihrem eigenen Schatten. Sie sorgt nicht für ein offenes und transparentes Verfahren, sondern weitet unbeholfen die Ausnahmen zum Anwerbestopp immer weiter aus. Um für qualifizierte Einwanderer interessant zu werden, muss sich das politische und gesellschaftliche Klima ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Grundlagen dafür sind: erstens eine sichere aufenthaltsrechtliche Perspektive, zweitens ein einladendes Einbürgerungsrecht und drittens das effektive Eintreten gegen Rassismus.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Alles erfüllt in dem Gesetzentwurf!)

– Mit diesem Gesetzentwurf bleibt die Bundesregierung weit mehr hinter den Anforderungen zurück, als Sie vermuten, Herr Kollege.

Memet Kilic

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Aydan Özoğuz [SPD])

Die Richtlinie der EU sieht die Möglichkeit vor, die Blaue Karte auch auf Personen mit qualifizierter Berufsausbildung und mit fünfjähriger Berufserfahrung auszuweiten. In dem Entwurf der Bundesregierung findet sich keine Spur davon. Der Gesetzentwurf ist ungenügend,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das muss der Kollege Uhl gleich alles richtigstellen!)

juristisch mangelhaft und wird selbst innerhalb der Koalitionsfraktionen als rechtlich unhaltbar bewertet. Darin wird vorgesehen, dass Einwanderer ihr Aufenthaltsrecht wieder verlieren, wenn sie innerhalb der ersten drei Jahre Sozialleistungen beziehen.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Lesen Sie einmal den Gesetzentwurf!)

Eine Niederlassungserlaubnis nur unter Vorbehalt zu erteilen, verstößt gegen eine Säule unseres Zuwanderungsrechts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nach dem Grundsatz des deutschen Rechts werden die Voraussetzungen eines Verwaltungsaktes bei der Erteilung geprüft. Daher darf eine Niederlassungserlaubnis aufgrund der nachträglichen Nichterfüllung der Lebensunterhaltssicherung nicht zurückgenommen werden. Das muss auch der Union klar sein. So hat der Fraktionsvize der Union Günter Krings erklärt,

- (B) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr guter Mann!)

dass eine unbefristete Niederlassungserlaubnis nicht mit einem Vorbehalt gewährt werden könne.

Äußerungen der CSU im Sinne einer Einwanderung in die Sozialsysteme sind nichts anderes als populistische Stammtischpolitik, liebe Freundinnen und Freunde. Solche Äußerungen tragen Mitschuld daran, dass Deutschland das Image einer geschlossenen Gesellschaft hat. Das Signal an die ausländischen Fachkräfte ist ziemlich negativ. Darum ist zu befürchten, dass sie weiter einen großen Bogen um unser Land machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb verdient die Bundesregierung eindeutig eine Rote Karte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Die Blaue Karte reicht nicht aus, um die klugen Köpfe aus dem Ausland nach Deutschland zu holen. Von der Visavergabe in den Konsulaten bis zu den Ausländerbehörden brauchen wir dringend einen Wandel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Viele an einem Studium Interessierte aus dem Ausland bekommen von deutschen Hochschulen eine Zusage, jedoch scheitert die Einwanderung an den Konsulaten.

Manche Konsulate denken, dass sie die Studierfähigkeit eines Bewerbers besser bewerten können als unsere Universitäten. Das ist hirnrissig. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die restriktive Visavergabe in den Konsulaten muss geändert werden.

Ein großes Potenzial für uns sind die ausländischen Studienabsolventen in Deutschland, was auch Sie betont haben, Herr Schröder. Sie können gut Deutsch und haben sich hier eingelebt. Deutschland kann sie aber nicht halten. Ein Bericht der OECD legt dar, dass nur etwa jeder vierte der internationalen Studierenden nach Abschluss seines Studiums in Deutschland bleibt.

Der erste Besuch in der Ausländerbehörde ist eine große Herausforderung für die frisch Eingewanderten. Ich spreche hier von meinen Erlebnissen und von den Erlebnissen von Menschen, denen es heute immer noch so geht. Dort erwartet sie ein Bürokratiemonster: die strengen Regeln unseres Zuwanderungsgesetzes. Deshalb muss die Bürokratie in den Ausländerbehörden abgebaut und das Personal interkulturell geschult werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der letzten Sitzungswoche hat die Bundesregierung erneut gezeigt, dass sie ein modernes Einbürgerungsgesetz scheut. Wir Grüne plädieren für eine einladende Einwanderungspolitik für ausländische Fachkräfte. Dafür brauchen wir ein modernes und transparentes Auswahlverfahren mit einem Punktesystem. Dafür setzen wir uns schon seit Jahren ein. Selbstverständlich müssen die Möglichkeiten für eine humanitäre Einwanderung weiterhin vorhanden sein. Die Einwanderung von Fachkräften wird für die politischen Parteien ein Lackmusktest. (D)

Wir müssen entscheiden, ob wir ein weltoffenes und modernes Deutschland in einer globalisierten Welt sein wollen. Ich wünsche mir, dass Einwanderinnen und Einwanderer willkommen geheißen und als gleichberechtigte Bürger anerkannt werden. Einwanderinnen und Einwanderer müssen als Teil der Gesellschaft akzeptiert werden. Die Union muss ihre ideologischen Scheuklappen endlich absetzen

(Uwe Schummer [CDU/CSU]: Sie rennen offene Türen bei uns ein!)

und mit Vernunft das Zuwanderungsgesetz grundlegend reformieren.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Nachdem wir uns hier ein bisschen mit der Exegese des Wortes „hirnrissig“ beschäftigt haben und Sie, Herr Kilic, eine Sache und nicht eine Person als solche be-

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) zeichnet haben, waren wir gemeinsam der Meinung, dass es möglich ist, dieses Wort hier zu verwenden.

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das bezieht sich auf das Verfahren!)

Jetzt gebe ich das Wort dem Kollegen Hans-Peter Uhl.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung; wir befinden uns in der ersten Lesung über die Umsetzung der Richtlinie für Hochqualifizierte aus Drittstaaten. Herr Kollege Kilic, Sie meinten, Sie müssten der Bundesregierung dieserhalb die Rote Karte zeigen. Ich empfehle, dies besser nicht zu tun,

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie überraschend! – Was für eine Überraschung! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist eine gute Analyse, Herr Kollege!)

weil wir Sie vielleicht noch überraschen werden. Möglicherweise können wir diesen Gesetzentwurf im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch umändern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

- (B) Es gibt ja den bekannten Spruch Ihres ehemaligen Fraktionskollegen: Kein Gesetz geht so aus dem Parlament raus, wie es reingekommen ist. Das gilt auf jeden Fall für dieses Gesetz.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist das Uhl'sche Paradoxon!)

– So ist es. – Das gilt auch für dieses Gesetz, und das ist gut so. Wir kennen unser Selbstbewusstsein. Selbst der Parlamentarische Staatssekretär Kampeter kann sich gut an die Zeit erinnern, in der er noch nicht in der Regierung war und selbstbewusst auf diesem Recht bestanden hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr, Herr Kollege!)

Lieber Herr Kilic, wir sollten bitte diese alten Schallplatten nicht immer wieder auflegen, dass jeder Ausländer, wenn er eine Ausländerbehörde in irgendeiner Kommune Deutschlands betritt, mit irgendwelchen demütigenden Verhaltensmustern konfrontiert wird. Erstens ist dem nicht so, und zweitens könnten wir das Ganze, wenn es denn so wäre, nicht mit Paragrafen ändern. Es ist vielmehr eine Frage des zwischenmenschlichen Umgangs in einer Behörde. Das muss die dortige Behördenleitung erledigen, wir können es von hier aus nicht ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden durch die Umsetzung der Bluecard-Richtlinie sehr viel zur Verbesserung im Bereich Ar-

beitskräftemangel beitragen, wobei wir wissen, dass dieses Problem nicht allein durch Zuwanderung zu lösen ist. Uns ist bewusst, dass wir uns zunächst einmal – da haben Sie vollkommen recht, Frau Kolbe – Gedanken um die Arbeitslosen in Deutschland machen müssen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Arbeitslosen bei uns in Deutschland in Lohn und Brot bringen. Es gab – da wird auch die Opposition zustimmen müssen – noch nie so wenige Arbeitslose wie in diesem Februar;

(Zuruf der Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

das ist die niedrigste Zahl seit 21 Jahren. 3,1 Millionen Arbeitslose – in 21 Jahren hat es so etwas nicht gegeben. Und dennoch müssen wir uns um diese 3,1 Millionen Arbeitslosen kümmern.

Weiterhin müssen wir das Fachkräftepotenzial stärken, indem wir junge Menschen gut ausbilden und die Kenntnisse bei den älteren Menschen reaktivieren. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für diejenigen Frauen zu erleichtern, die zugleich erziehende Funktionen haben. Außerdem sollten wir uns noch mehr um die Menschen mit Migrationshintergrund kümmern, die in Zeiten zu uns gekommen sind, als die Zuwanderung noch so gut wie nicht geregelt war.

Genau das ist ja unser Problem: Jahrzehntlang war die Zuwanderung weitgehend ungeregt.

(Aydan Özoğuz [SPD]: Das wollten Sie ja so!)

Damals kamen sehr viele im Grunde überwiegend unqualifizierte Menschen zu uns, insbesondere durch den Familiennachzug,

(Aydan Özoğuz [SPD]: Die waren angeworben!)

und wir gingen davon aus, dass sich die Integration schon irgendwie von selbst erledigt. Wir haben also billigend in Kauf genommen, dass Integration zur Glückssache wurde. Das war ein schwerer Fehler, ausgeübt durch Unterlassung, und zwar jahrzehntlang. Dafür sind wir alle mitverantwortlich.

Das müssen wir jetzt reparieren. Nachholende Integration nennt man das. Das kostet Millionen. Deshalb sollte niemand erzählen, dass jede Form von Migration für den Staat ein Geschäft sei. Für den Staat ist das niemals ein Geschäft. Allenfalls der eine oder andere Arbeitgeber kann ein Geschäft mit willigen und billigen ausländischen Arbeitskräften machen. Der Staat kann niemals ein Geschäft mit Migration machen. Für den Staat ist Migration immer sündhaft teuer. Das müssen wir uns alle immer wieder bewusst machen.

(Aydan Özoğuz [SPD]: Das ist doch Blödsinn! – Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Käse!)

– Das ist kein Käse, Frau Kollegin, sondern das ist wahr.

Wir sollten uns allerdings über eine Frage Gedanken machen, bei der das Ausländerrecht eigentlich keine

Dr. Hans-Peter Uhl

- (A) Rolle spielt: Warum verlassen so viele Hochqualifizierte – deutsche Ärzte, Ingenieure und Wissenschaftler – das Land? Das kann ja nicht am Ausländerrecht liegen. Warum also? Da muss doch an den anderen Rahmenbedingungen der Beschäftigung etwas nicht stimmen. Das heißt, wir müssen die Wirtschaft mehr in die Verantwortung nehmen, damit sie die Rahmenbedingungen für die Hochqualifizierten attraktiver macht, sodass sie hierbleiben und nicht ihr Glück im Ausland suchen.

Der Gesetzentwurf ist ein Baustein; er geht in die richtige Richtung. Wir werden etwas für Hochschulabsolventen tun. Auch hier – Herr Kollege Kilic, ich mache Sie darauf aufmerksam – tun wir etwas für die Studenten, die hier studieren: Sie können während des Studiums mehr für ihr Studium dazuverdienen, indem wir die zulässige Arbeitszeit verdoppeln.

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist gut!)

Wir wollen denen, die in Deutschland ein Studium abgeschlossen haben, auch die Möglichkeit geben, einen Arbeitsplatz zu suchen; während dieser Arbeitsplatzsuche sollen sie über einen längeren Zeitraum arbeiten können.

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ein Jahr! Das ist geltendes Recht!)

Auch hier wollen wir einiges verbessern.

- (B) Ich glaube überhaupt, dass wir auf den Bundesrat hören sollten. Da gibt es eine ganze Reihe von Anregungen. Dieses Gesetz muss mit Zustimmung der Länder ergehen. Der Bundesrat hat schon eine Fülle von weiteren Verbesserungsvorschlägen gemacht; wir werden sie alle in dem jetzt kommenden Verfahren, vor der zweiten und dritten Lesung, auf uns wirken lassen und den einen oder anderen Vorschlag übernehmen.

Ich glaube, die Analyse ist richtig, dass wir einen großen Mangel an Fachkräften haben und wir uns deswegen auch im Ausland umschauen müssen, natürlich zunächst im europäischen Ausland. In Spanien liegt die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen bei annähernd 50 Prozent. Da müssen wir uns natürlich im Sinne der europäischen Solidarität zuerst in solchen Ländern umschauen, darüber hinaus aber auch in Drittstaaten; das ist selbstverständlich.

Wir werden bei Mangelberufen – Frau Kolbe, da lagen Sie mit Ihren Äußerungen nicht ganz richtig – dafür sorgen, dass Lohndumping nicht möglich ist. Wir werden nämlich bei Mangelberufen auch bei Senkung der Verdienstgrenze eine Vergleichbarkeitsprüfung im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen vornehmen. Es ist wichtig, dass wir dem Wunsch mancher Arbeitgeber nach willigen und billigen Ausländern nicht nachgeben. Wir haben beim Umgang mit diesem Thema also schon die nötige Sensibilität.

Insgesamt ist also Folgendes zu beachten:

Erstens. Unsere eigenen Arbeitslosen müssen geschützt werden und qualifiziert werden, um einer Arbeit nachgehen zu können.

Zweitens. Wir kümmern uns um die Arbeitslosen in der Europäischen Union. (C)

Drittens. Erst danach suchen wir uns Fachkräfte aus Drittstaaten, aus dem weiteren Ausland.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Swen Schulz hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Swen Schulz (Spandau) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müssen wir zweierlei tun: Wir müssen als Erstes die Bildungschancen der Menschen, die hier leben, verbessern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Insbesondere in SPD-geführten Ländern!)

Selbst wenn wir das jetzt sofort tun würden und eine perfekte Bildungspolitik machen würden, wovon die Regierungskoalition weit entfernt ist,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unwahr! Unsachlich!)

würde das allen Prognosen zufolge nicht ausreichen. (D)

Wir brauchen darüber hinaus zweitens die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Deswegen machen wir ja dieses Gesetz!)

Darum brauchen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen. Wir müssen als Arbeitsstandort attraktiv werden; wir müssen eine Willkommenskultur etablieren.

Nun wissen wir natürlich, dass das eine politische Herausforderung ist; denn jahrzehntelang ist uns von vielen Leuten erzählt worden, wie schwierig das mit der Zuwanderung sei, was das für eine Belastung sei und welche Schwierigkeiten es bei der Integration gebe. Hier geht es um eine politische Thematik, der wir uns stellen müssen. Wir müssen trotzdem, auch gegen diesen Trend, klar erkennen und es den Leuten auch sagen: Wir benötigen Zuwanderung aus dem Ausland, um unsere Wirtschaft weiter voranzubringen und unseren Sozialstaat perspektivisch weiter finanzieren zu können.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

SPD und Grüne haben sich dieser Herausforderung schon vor langer Zeit gestellt. Die Regierung Schröder war es, die 2002 das Zuwanderungsgesetz beschlossen hat, damals hart bekämpft von CDU und CSU im Deutschen Bundestag und im Bundesrat;

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist leider wahr!)

Sven Schulz (Spandau)

- (A) wir erinnern uns sehr gut daran. Ich will aber jetzt nicht noch einmal die alten Schlachten führen, sondern nur darauf hinweisen, dass das bis heute nachwirkt und ein Stück weit ein Problem ist. Denn die damalige Denke bei der CDU/CSU gibt es, jedenfalls in Teilen der Union, immer noch; sie wirkt immer noch nach. Darum ist die Politik der Koalition in diesem Feld auch so halbherzig, so widersprüchlich und eben auch zögerlich.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hat sich sogar immer gegen die Deutschkurse ausgesprochen, weil das so teuer sei!)

Das sieht man auch in diesem Gesetzentwurf. Minister Rösler hat gesagt, dieser Gesetzentwurf sei ein Quantensprung in der Zuwanderungspolitik.

(Zuruf von der FDP: Recht hat er!)

Bei so einer Wortwahl – Sprung – denke ich unwillkürlich an eine Raubkatze, die elegant und dynamisch nach vorne schnell.

(Uwe Schummer [CDU/CSU]: Jetzt keine Polemik! Das ist unter Ihrem Niveau, Herr Schulz! Das brauchen Sie doch nicht! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gestern noch vor dem Bundesverfassungsgericht und heute so abgeleiten!)

- (B) Aber wenn man sich das ganze Verfahren anschaut und sich ansieht, was im Gesetzentwurf enthalten ist, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Bundesregierung das Bild eines schläfrigen Bernhardiners abgibt, der angeschoben werden muss, damit überhaupt irgendetwas passiert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Sie dürfen nicht von sich auf andere schließen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Das fängt schon damit an, dass die Umsetzung der Richtlinie mit großem Zeitverzug passiert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was haben Sie heute Morgen zum Frühstück getrunken, Herr Kollege?)

Die Richtlinie ist von 2009, wir sind heute im Jahr 2012, und Sie kommen erst jetzt mit dem Gesetzentwurf.

Was die Inhalte angeht, gibt es jede Menge Leerstellen. Das hat Ihnen – der Kollege Uhl hat dankenswerterweise darauf hingewiesen – der Bundesrat auch ins Stammbuch geschrieben. Ich will nur einige Beispiele nennen: Es fehlt zum Beispiel die Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten für ausländische Studierende. Der Bundesrat hat gesagt: Da müssen wir etwas machen. Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme dankenswerterweise gesagt: Ja, okay, wir stimmen zu. – Also hoffen wir, dass dies in den Beratungen im Deutschen Bundestag von der Regierungskoalition auch aufgenommen wird.

- (Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Selbstverständlich! – Zuruf von der FDP: Sie werden positiv überrascht sein!) (C)

Es fehlt die Verlängerung der Frist für die Arbeitsplatzsuche für die Absolventen. Die Bundesregierung hat gesagt: Das müssen wir prüfen. – Also ein weiterer Debattenpunkt. Es fehlt die vereinfachte Definition der Angemessenheit der Arbeit. Die Bundesregierung hat gesagt: Das lehnen wir ab. – Noch ein Diskussionspunkt für die Ausschüsse. Es fehlt die Ermöglichung der Selbstständigkeit von Absolventen. Die Bundesregierung hat gesagt: Wir prüfen. – Also müssen wir auch da in den Beratungen im Deutschen Bundestag weiter vorankommen.

(Zuruf von der FDP: Ein Glück, dass es im Innenausschuss stattfindet und nicht bei Ihnen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Bernhardiner-Koalition,

(Gisela Piltz [FDP]: Das nehme ich Ihnen schon übel! Ich will nur mal sagen: Ich bin Schütze und nicht Bernhardiner! – Zuruf von der FDP: Bernhardiner retten Leben, Herr Kollege!)

es ist wirklich schwer und mühsam, mit Ihnen da Fortschritte zu erreichen.

Da sind dann auch noch richtige „Klopfer“ drin. Ein starkes Stück ist das Thema „Niederlassungserlaubnis“. Die Bundesregierung schlägt mit dem Gesetzentwurf vor, dass die Niederlassungserlaubnis nachträglich entzogen werden kann. Was ist denn das für eine Botschaft? Sie sagen damit den Leuten: Ihr könnt hier jahrelang brav arbeiten, Steuern zahlen, Arbeitsplätze schaffen und sichern, aber wenn es ein Problem gibt, dann raus mit euch. – Das ist doch das Gegenteil von Willkommenskultur. (D)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Sie kommen bitte zum Ende.

Sven Schulz (Spandau) (SPD):

Ich komme jetzt zum Ende.

Ich glaube, dass an diesem Gesetzentwurf noch eine ganze Menge getan werden muss. Wir jedenfalls werden in den Ausschussberatungen versuchen, diese Bernhardiner-Koalition noch ein ordentliches Stück weiter anzuschieben, damit etwas Ordentliches daraus wird.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Serkan Tören hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Serkan Tören (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schulz, Sie haben zwar den Begriff „Quantensprung“ kritisiert, aber er ist richtig in diesem Zusammenhang. Wir sorgen dafür, dass der Wettbewerb um die besten Köpfe weltweit begonnen wird und vernünftig funktioniert. Das war in Ihrer Regierungszeit gar kein Thema. Auch darauf muss man hinweisen.

Ich kann mich an eine Rede des ehemaligen Kollegen Scholz – jetzt Erster Bürgermeister in Hamburg – erinnern, der gesagt hat, die bestehenden Voraussetzungen reichten völlig aus, um den Wettbewerb um die besten Köpfe weltweit zu bestehen. Es gebe gar keinen Handlungsbedarf auf gesetzlicher Ebene. Sie sagen heute etwas anderes. Irgendwie müssen Sie da in Ihrer Fraktion zu einer einheitlichen Meinung kommen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ja, Deutschland braucht Zuwanderung. Es ist rechnerisch abenteuerlich, wenn behauptet wird, dem demografischen Wandel und dem Fachkräftebedarf könnten wir auch ohne eine solche begegnen. Natürlich müssen wir auch im Inland etwas tun. Natürlich müssen wir Arbeitslose weiterqualifizieren, uns um Mütter kümmern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass einerseits die Entscheidung für die Familie gelebt werden kann, andererseits aber eine Frau auch ihren Beruf ausüben kann. Natürlich müssen wir auch Ältere aktivieren. Wir brauchen eine Bildungsoffensive auch für ältere Generationen.

(B)

Aber es ist nicht nur sachlich falsch, sondern auch gefährlich, die Alternativen gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen eben auch Zuwanderung von qualifizierten und hochqualifizierten Menschen aus dem Ausland. Das müssen wir den Bürgern auch offen sagen. Dies ist eine besondere und wichtige Verantwortung gerade in diesen Zeiten; denn es geht um nichts Geringeres als um das gesellschaftliche Klima und – ein anderer Kollege hat das auch gesagt – um die Willkommenskultur. Es ist schlichtweg eine Illusion, zu glauben: Alle gut ausgebildeten Fachkräfte warten nur darauf, in Deutschland leben und arbeiten zu können, hier Steuern zahlen und ihre Kinder in die Schule schicken zu können. Das zeigen nicht zuletzt die Zahlen, die uns über die zugewanderten Arbeitskräfte aus Osteuropa seit dem 1. Mai 2011 vorliegen.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

Wir reden seit längerer Zeit von der sogenannten Willkommenskultur. Das ist ein wunderbarer Begriff, wie ich finde, aber jetzt muss er auch mit Leben erfüllt werden. Die Bluecard ist ein wichtiger Schritt, die neuen Realitäten anzuerkennen und Deutschland als modernes und offenes Land zu präsentieren. So ermöglicht es die Bluecard auch den Ehepartnern, direkt und ohne Vorrangprüfung ebenfalls in Deutschland eine Arbeit aufzunehmen. Das entspricht den Ansprüchen und heutigen Realitäten von vielen Akademikern weltweit.

(C) Auch in Bezug auf ausländische Absolventen deutscher Hochschulen wollen wir im Rahmen der Bluecard-Umsetzung etwas tun. Die Zahl der ausländischen Studierenden ist erfreulich hoch, allerdings verlassen uns die meisten nach dem Abschluss wieder. Das sind Menschen, die hier studiert haben, die die Sprache beherrschen und gerne in Deutschland leben und arbeiten möchten. Mit Verlaub, diese jungen Menschen wieder ziehen zu lassen und nicht mit allen Mitteln im Land zu halten, ist mehr als unklug. Künftig sollen diese Hochschulabsolventen im ersten Jahr der Arbeitsplatzsuche unbeschränkt arbeiten und so leichter in das Berufsleben starten können.

Für uns Liberale geht es bei einer Willkommenskultur um Unvoreingenommenheit gegenüber Kultur und Religion. Das ist für eine offene und intakte Gesellschaft genauso essenziell wie Verantwortungsübernahme, Leistungsbereitschaft und Rechtstreue.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Menschen, die über die Bluecard zu uns kommen, werden einen wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beitrag für Deutschland leisten.

Die wesentliche Herausforderung wird darin bestehen, für Deutschland als lebenswertes und weltoffenes Land zu werben und das Wort „Willkommenskultur“ mit Leben zu erfüllen. Nur dann werden wir im Wettbewerb um die klügsten Köpfe erfolgreich sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Jetzt hat das Wort Tankred Schipanski für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Guter Mann!)

Tankred Schipanski (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vertreter des Bildungs- und Forschungsausschusses in dieser Debatte gilt als Erstes mein Dank unseren Innenpolitikern; denn wir haben gemeinsam dieses wichtige Themenfeld bearbeitet und einen guten Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Die Forschungspolitiker hatten sich seinerzeit an unseren innenpolitischen Sprecher Hans-Peter Uhl gewandt und ihm Vorschläge zur Etablierung einer Willkommenskultur für Hochqualifizierte unterbreitet; das ist übrigens ein Begriff, den unsere Bundesministerin Annette Schavan geprägt hat. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Innenpolitikern und Wirtschafts-, Sozial- und Forschungspolitikern haben wir uns in der Koalition auf Eckpunkte geeinigt, von denen sich zahlreiche im heute vorliegenden Gesetzentwurf wiederfinden. Das ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie wir in der parlamentarischen Arbeit große Themenkomplexe wie den Fachkräftebedarf in Deutschland ganz zielgerichtet bearbeiten.

Tankred Schipanski

- (A) Der vorliegende Gesetzentwurf gilt nicht nur der Umsetzung der EU-Richtlinien, sondern er setzt wesentlich breiter an. Da wir einen breiteren Ansatz gewählt haben, darf man die abgelaufene Frist zur Umsetzung dieser Richtlinie auch nicht ständig überbewerten, lieber Herr Schulz und liebe Frau Kolbe; denn wir alle in diesem Haus kennen die Rechtsprechung zu nicht fristgerecht umgesetzten Richtlinien. Den Bürgern sind hier keine Nachteile entstanden.

Zunächst haben wir die Auswirkung der vollen Freizügigkeit für osteuropäische Arbeitnehmer auf den deutschen Arbeitsmarkt, welche seit dem 1. Mai 2011 gilt, abgewartet, um dann zu entscheiden, in welchen Bereichen und in welchem Maß Erleichterungen bei der Zuwanderung notwendig sind. „Qualifizierung vor Zuwanderung“ und „Schaffung einer Willkommenskultur“ – das sind die Schlüsselbereiche, von denen wir uns in dieser Debatte über den Fachkräftebedarf in Deutschland leiten lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ziel der EU-Hochqualifizierten-Richtlinie sind ein erleichtertes Verfahren für die Zulassung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger sowie die Schaffung attraktiver Aufenthaltsbedingungen für hochqualifizierte Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen. Mit dem Gesetz wollen wir einen neuen Aufenthaltstitel schaffen und die sogenannte Bluecard einführen; die detaillierten Regelungen hat unser Staatssekretär Ole Schröder beschrieben.

- (B) Darüber hinaus senken wir die Einkommensgrenze von 66 000 Euro auf 48 000 Euro im Jahr für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis speziell an hochqualifizierte Spezialisten und leitende Angestellte. Aber wir verlangen – das ist richtigerweise angesprochen worden –, dass man innerhalb der ersten drei Jahre nicht arbeitslos werden darf. Ich finde es unverantwortlich, dass Frau Kolbe wegen dieser Regelung, wegen dieser Absenkung Ängste schürt. Ich nenne noch einmal unser Motto: Qualifizierung vor Zuwanderung und Schaffung einer Willkommenskultur.

Über diese Richtlinie hinaus verbessern wir die Aufenthaltsbedingungen für ausländische Studenten an deutschen Hochschulen. Das ist ein Herzensanliegen der Forschungspolitiker der Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

So haben diese Studenten während ihrer einjährigen Suche nach einem angemessenen Arbeitsplatz einen uneingeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Das heißt, sie können neben der Jobsuche arbeiten. Das ist eine ganz wichtige Neuerung. Die Studenten erhalten bereits nach zwei Jahren in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ihre Niederlassungserlaubnis und nicht erst nach fünf Jahren. Außerdem erhalten die Familienangehörigen der ausländischen Absolventen von Anfang an einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang.

Dieser Gesetzentwurf enthält weitere ganz entscheidende Vereinfachungen hinsichtlich des Aufenthaltstitels

der Forscher, § 20 Aufenthaltsgesetz. Eine ganz wichtige Neuerung nehmen wir zudem in § 27 der Beschäftigungsverordnung vor: Künftig können ausländische Fachkräfte, die in Deutschland eine Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten Beruf absolviert haben, im Anschluss daran einen Aufenthaltstitel erhalten, um in diesem Beruf zu arbeiten. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aus Sicht der Bildungspolitiker unserer Koalition ist es wünschenswert, diesbezüglich ebenfalls eine einjährige Suchphase nach Abschluss einer Ausbildung einzuräumen, damit ein angemessener Arbeitsplatz gefunden werden kann. Ich freue mich, dass der Kollege Schulz von der SPD diesen Punkt aufgegriffen hat. In dieser Sache sind wir uns anscheinend einig.

Wir Bildungspolitiker wünschen uns ferner, dass in den nun anstehenden Beratungen noch einmal ein Blick auf § 16 Abs. 3 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes geworfen wird. Das hat Kollege Uhl bereits angesprochen. Es geht dabei um die Nebenerwerbsmöglichkeiten von ausländischen Studierenden. Wir denken, man sollte diese ausweiten. Nach gegenwärtiger Regelung kann eine Beschäftigung an 90 Tagen bzw. 180 halben Tagen ausgeübt werden. Wir können uns sehr gut vorstellen, dies auf 120 Tage bzw. 240 halbe Tage zu erweitern.

Das so geänderte Gesetz bietet ausländischen hochqualifizierten Fachkräften attraktive Zuwanderungs- und Aufenthaltsbedingungen und eine bessere Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland.

Lassen Sie mich feststellen, dass wir der Problematik des Fachkräftebedarfs in Deutschland nicht nur mit diesem Gesetz begegnen. Das Hohe Haus hat unter Federführung des Forschungsausschusses am 29. September 2011 das Berufsanerkennungsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz erhalten Zugewanderte ab dem 1. April dieses Jahres einen Rechtsanspruch darauf, dass ihre im Ausland erworbene Berufsqualifikation auf Gleichwertigkeit zur deutschen Referenzqualifikation überprüft wird. Dieses Gesetz ist ein Meilenstein und ein wichtiges Signal für viele Migranten. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Da unsere föderale Ordnung es nun einmal so will, gilt dieses Gesetz aber nur für Berufe, die der Bund regeln darf. Viele Berufe fallen aber in den Regelungsbereich der Länder. So darf ich an dieser Stelle nochmals an die Länder appellieren, endlich nachzuziehen und auch im Landesrecht die Berufsanerkennung zu regeln.

Das Gesetz, über dessen Entwurf wir in erster Lesung beraten, aber auch das Berufsanerkennungsgesetz sind Grundsteine dafür, dass wir die Potenziale ausländischer Fachkräfte für unsere Bildungsrepublik Deutschland sowie für unsere Volkswirtschaft besser nutzen können. Diese Gesetze sind Ausdruck der gelebten Willkommenskultur, die die christlich-liberale Koalition in Deutschland verwirklicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letzte Rednerin zu diesem Debattenpunkt erteile ich Kollegin Aydan Özoğuz für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Aydan Özoğuz (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich befürchte, dass in dieser Debatte eine Sache nicht verstanden worden ist – leider habe ich nur wenige Minuten, um dies zu verdeutlichen –: Wir haben es im Moment mit einer Situation zu tun – die FDP hat darauf hingewiesen –, in der wir Menschen brauchen, die unser Land attraktiv finden, die den Weg in unser Land suchen und eine gute Ausbildung haben. Diese Menschen sollen sagen: Von allen Ländern, die es gibt und die mir mitunter tolle Angebote machen, suche ich mir Deutschland aus. Ich gehe dorthin und will dort arbeiten.

Laut der Konsensgruppe „Fachkräftebedarf und Zuwanderung“ gibt es bei konstanter Erwerbsquote einen prognostizierten demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um 6,7 Millionen bis 2025. Man kann sicherlich mit Zahlen spielen. Aber wir befinden uns in dieser Situation. Daher kann ich nicht verstehen, dass Staatssekretär Schröder sich hier hinstellt und viele Fragen stellt, etwa die Frage, ob es einem Hochqualifizierten ermöglicht werden soll, seine Frau mitzubringen, oder ob es vielleicht auch wichtig wäre, dass er hier mit seinen Kindern gut leben kann. Das ist in der heutigen Welt für hochqualifizierte Menschen selbstverständlich.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Lesen Sie das Gesetz, da steht es!)

Die Konkurrenz ist riesengroß. Wir haben ein fundamentales Interesse. Ich glaube, diesen Perspektivwechsel müssen wir endlich vollziehen.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Das haben wir bei der SPD heute nicht gehört! Sie sollten einmal die Frau Kolbe fragen! Die hat hier Ängste geschürt!)

– Ich kann viele Menschen zitieren, die hier Ängste schüren.

Das ist ein gutes Stichwort, Herr Schipanski; denn ich glaube, dass einige in der Union und insbesondere in der CSU – die Zeit reichte nicht, um alle Zitate aufzuzählen – tatsächlich ein Problem haben. Immer dann, wenn Sie über die Zuwanderung qualifizierter Kräfte sprechen, sagen sie ganz schnell: Wir wollen keine Menschen, die in unsere Sozialsysteme eindringen.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Das ist doch legitim!)

Dann mischen sich sofort zwei Mythen miteinander. Es ist wichtig, damit aufzuräumen. Es war Deutschland, das ungelernete Arbeitskräfte als sogenannte Gastarbeiter angeworben und hierher geholt hat. Es war gewollt, dass sie keine Hochschulabschlüsse haben; denn Hochschul-

absolventen hätten die Arbeit, die damals gemacht werden sollte, auch nicht verrichtet. **(C)**

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war nicht ungeregelt!)

Wir waren diejenigen, die irgendwann einmal – das hat erst mit Rot-Grün begonnen – gesagt haben: Wir müssen dem Ganzen Regeln geben. Wir brauchen Sprachkurse und ein Zuwanderungsgesetz. Ich erinnere mich noch gut, dass Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, damals Schreckensbilder an die Wand gemalt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, das gehört ein bisschen zum Geschichtsbewusstsein dazu.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Warum machen Sie es bei den Hochqualifizierten?)

Wir sprechen heute über Studierende. Ich kann mich an Debatten erinnern, in denen gesagt wurde, es stimme doch gar nicht, dass Studierende das Land verlassen müssten, wenn sie fertig seien. Das war Realität in diesem Land. Menschen durften hierher kommen, um zu studieren oder eine Ausbildung zu machen. Aber an dem Tag, an dem sie exmatrikuliert wurden, mussten sie gehen. Es war die linke Seite des Hauses, die das geändert hat und gesagt hat: Gebt denen doch einmal eine Chance, bei uns zu arbeiten und einen Job zu finden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Das haben wir doch gar nicht kritisiert!) **(D)**

Es ist richtig – das hat das Hamburg Welcome Center herausgefunden –, die Zeiten auszuweiten, weil mitunter ein Jahr nicht reicht. Die nun vorgesehenen 18 Monate stellen einen wichtigen Schritt dar. Das hat der Bundesrat zu Recht unterstrichen. Wir brauchen eine richtige Willkommenskultur in diesem Land und einen anderen Blick auf das Thema Zuwanderung, die eine große Bereicherung bedeuten kann, wenn man es denn mit Herz macht.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Aydan Özoğuz (SPD):

Das bin ich jetzt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 17/8682 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.